

Extrablatt „Vorwärts“

Organ der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Nummer 5

Sonntag, den 11. Januar 1919

Nummer 5

Massen heraus!

Sonntag Mittag 1 Uhr

große Massenversammlungen

auf folgenden Plätzen:

1. Brunnenplatz (an der Pankstraße)
2. Arnswalderplatz (an der Elbinger Straße)
3. Hohenzollernplatz (Neukölln)
4. Fontane-Promenade
5. Wittenbergplatz
6. Stadtpark (an der Kaiserallee)
7. Wilhelmplatz (Charlottenburg)
8. Kleiner Tiergarten (an der Ottostraße)

Arbeiter, Soldaten, Männer und Frauen kommt in Massen und zeigt, daß Ihr nicht gesonnen seid, die Revolution durch volksfeindliche Minderheiten gefährden zu lassen. Demonstriert für demokratische Freiheit — für planmäßigen Sozialismus für proletarische Einigkeit

Der Propagandaausschuß
der Sozialdemokratischen Partei (S. P. D.).

Genossen!

Die Spartakusbunde haben sich den Kopf eingerannt an der Mauer der sozialdemokratischen Arbeiterschaft Berlins. Wie ein Mann hat diese sich gegen die Blutherrschaft der Wenigen empürt, die ihr den „Vorwärts“ geraubt, die Bahnhöfe und Proviantämter besetzt haben, um durch Unterbindung der Ernährung das Chaos herbeizuführen und die seit Sonntag Abend in einer durchaus friedlichen Stadt Maschinengewehre und Handgranaten als Mittel des politischen Kampfes eingeführt haben. Niemand dachte daran, gegen die eigenen Brüder an die Waffen zu appellieren, nur sie!

Jetzt merken sie, daß sie nicht durchkommen. Der Ruf der Regierung an die wahrhaft sozialdemokratischen Massen hat viele Tausende in die Werdebüros der Mehrheitspartei geführt. Die Blätter liegen, welche behaupten, die Regierung rufe „Offiziere, stellenlose Bürgerhelfer und die Kriegsheber der bürgerlichen Presse“ zu ihrer Unterstützung. Der Klassenbewußte Arbeiter, der Partei-genosse ist es, der den Kampf gegen die Vergewaltigung aufgenommen hat, um ihr ein für allemal ein Ende zu machen. Spartakus sieht sein blutiges Spiel verloren. Schon hat er nach Moskau telegraphiert, der Kampf müsse möglichst bald abgebrochen werden, die Berliner Arbeiterschaft sei noch nicht reif für die Diktatur des Proletariats. Das heißt: Die Berliner Arbeiterschaft weist Terror und Bürgerkrieg mit Entrüstung von sich!

Nun erhebt sich der „Schrei nach Einigung“.

Genossen!

Die Regierung hat tagelang verhandelt, um diese Einigung zu erzielen, um jedes Blutvergießen zu vermeiden. Währenddessen hat Spartakus die Regierung und seine Freunde, die Unabhängigen, beschimpft und verhöhnt und für sich jegliche Verhandlung abgelehnt. Nur eine Bedingung hat die Regierung und der Zentralrat als selbstverständliche Voraussetzung für die Verhandlungen gestellt:

Wiederherstellung der Pressefreiheit!

Und dazu haben sich die Räuber der Berliner Zeitungs-Verlage nicht verstehen wollen, zu der Erfüllung jener einschneidenden Forderung jeder Demokratie.

Bestern haben Arbeiter der U. S. S. und der Schwarz-kopf-Partei die Forderung als berechtigt anerkannt und erklärt, daß sie, die teils der S. P. D., teils der U. S. S. D., teils der R. P. angehören, sich für ihre Erfüllung einsetzen wollten, um die Einigung zu ermöglichen. Das war gestern Abend. Bis heute Nachmittag haben sie nichts von sich hören lassen, ob ihr Vermittlungsvorschlag bei den andern Parteien auf ebensolcher Bereitwilligkeit gestoßen ist, wie bei Regierung und Zentralrat.

Genossen!

Ist der „Schrei nach Einigung“ echt?
Dürfen wir, dürft Ihr an seine Wohlfügigkeit glauben?
Wie stimmt zu ihm der Aufruf zum General-

streik, der von den revolutionären Obleuten, dem Berliner Zentralvorstand der U. S. P. und vom Spartakus-bund unterzeichnet ist?

Können wir glauben, daß die mit uns sich einigen wollen, die uns in diesem Aufruf „Verräter des Proletariats, elende Handlanger der kapitalistischen Vorkämpfer, die Ver-förderung der Gegenrevolution“ nennen? Die schamlos genug sind, zu behaupten: „die vom Urteil des Volkes ge-richteten Mörder geben das verruchte Spiel nicht auf. Sie gehören ins Zuchthaus, auf Schaffott! Ihr Väterwahnwitz lehnt nach neuem Blut.“ Die ihre An-hänger aufrufen: „Heran aus den Vertrieben! Auf zum Generalstreik! Auf zu den Waffen! Heran auf die Straße zum letzten Kampf, zum Sieg!“ Ist das die Sprache der Einigung, die Sprache von Leuten, die verhandeln wollen, die zum Frieden kommen möchten?

Nein, es ist wieder der Schrei nach Bürgerkrieg! Der Spartakusgeist ist es, der vor Nord und Süd-rühren nicht zurückschreckt, der wieder zu den arbeitervol-lebten Waffen ruft, der Euren Vertrauensmännern in der Regierung mit Golgen und Schaffott droht, der auf den Trümmern unseres ganzen Landes und Volkes den „Sieg“ erkämpfen will, das heißt:

die Herrschaft von Totschlägern und Plünderern!

Genossen! Die neue Forderung der falschen Ein-heitsapostel heißt: Weg mit Ebert-Scheidemann!

Kennt Ihr diese alte verlogene Parole nicht wieder? Ist das nicht der alte wütende Kampfruf der Spartakusse? Haben sie sich nicht wochenlang heiser geschrien gegen diese Eure Genossen? Und jetzt kommen sie, um unter dem Deck-mantel der Einigung den alten Rachewunsch durchzuführen. Glaubt ihnen nicht! Sie wollen erst die Führer der Partei beseitigen, um mit der Partei dann um so leichter fertig zu werden.

Genossen!

Wir, Eure Genossen in der Regierung, erklären feier-lich: Wir sind kein Hindernis für die Regierung! Im Gegenteil!

Wir — die sechs Wochen den Unabhängigen die Hälfte der Regierung eingeräumt hatten, trotzdem sie ihrer Stärke nach auf kein Drittel Anspruch hatten, wir — die mit den Auf-rühren in Berlin verhandelt haben, trotzdem diese mit be-waffneter Hand öffentliche und private Gebäude brannt hatten, wir stehen zu jeder Verhandlung bereit, die ehr-lich geführt, eine Einigung aller sozialistischen Parteien erzielen kann.

Aber wir sind auf der Hut! Und Ihr, seid wachsam wie wir!

Denkt immer daran! Bei allen Festgenommenen, die an der Besetzung der Reichsdruckerei und der anderen Behörden beteiligt waren, ist durch Mitgliedsbuch ihre Zugehörigkeit zur U. S. P. D. nachgewiesen worden.

Und dennoch haben sich die Unabhängigen als unpar-teiische Vermittler angeboten.

Die Arbeiter der U. S. S. und von Schwarzkopf haben auch im Namen der Genossen der U. S. P. D. und der R. P. gesprochen. Und dennoch haben diese zwei Parteien

zum Generalstreik aufgefordert mit den Worten: „Zeigt den Schurken Eure Macht! Bewaffnet Euch! Gebrauch die Waffen gegen Eure Tod-feinde, die Ebert-Scheidemann!“

Ist das Ehrlichkeit? Ist das proletarische Kampf-weise? Ist da Vertrauen am Platz? Entscheidet selbst!

Wir wollen die Einigung der Arbeiterklasse! Aber ehr-lich, ohne Hinterhalt, ohne Waffen! Helft uns das durch-sehen! Wir können Frieden und Sozialismus nur schaffen, wenn wir sind und bleiben:

Eure Vertrauensmänner!

Berlin, den 10. Januar 1919.

Die Reichsregierung:

Ebert. Scheidemann. Landsberg. Roske. Wissel.

Hamburgs Arbeiter

dulden keinen Terror!

Das „Echo“ befreit, Dr. Lausenbergs verhaftet!

Hamburg, den 10. Januar. (Eigener Drahtbericht des Extrablatt „Vorwärts“.)

Die Hamburger Sicherheitsmannschaften zogen heute von einer Versammlung, in der die gefürchten Vorgänge besprochen wurden, mit ihren Waffen vor das Rathaus. Dort besanden sich schon ungeheure Arbeitermassen, die gegen Dr. Lausenbergs und den Arbeiter- und Soldatenrat stürmisch demonstrierten. Die Sicherheitsmannschaften drangen darauf ein. Im ersten Stock wurde Lausenbergs in seinem Arbeitszimmer von den Sicherheitsmannschaf-ten ergriffen. Man schleppte Lausenbergs auf den Balkon, um ihn zu zwingen, dem Volke eine Erklärung abzugeben. Als die Massen ihn jedoch erkannten, brachen sie in so wilde Rufe der Empörung aus, daß er nicht Gehör finden konnte. Er wurde in das Rathaus zurückgeführt. Dort sollte er sofort vom Sicherheits-ausschuß des Obersten Soldatenrats abgerichtet werden. Das wurde aber verhindert. Man einigte sich schließlich dahin, Lausenbergs sich verteidigen zu lassen. Er hielt eine längere Rede, in der er von den von ihm geschriebenen Büchern erzählte und andeinerseits, er sei gegen alle Gewaltakte und jeden Terror, er sei kein Spartakist, sondern ein Sozial-demokrat und sei stets für sozialdemokratische Aufgaben eingetret-ten. Man ließ ihn jedoch nicht zu Ende sprechen, sondern packte ihn wieder und wollte ihn lynchen. Nur mit großer Mühe gelang es Genossen Kampf, die Sicherheitsmannschaften davon abzuhal-ten. Die Sicherheitsmannschaften beruhigten sich dann und führ-ten Lausenbergs unter dem Versprechen, ihn nicht anzufassen zu wollen, ab. Um nicht in die Hände der vor dem Rathaus her-renden empörten Menge zu fallen, wurde er durch einen Hinter-ausgang abgeführt und in einem Auto in sicherem Gewahrsam gebracht. Ein ordentliches Gericht soll demnächst über seine Schuld aburteilen.

Das „Hamburger Echo“ erscheint Sonnabend wie gewöhnlich.

Spartakus will den Entscheidungskampf

Ruhlose Verhandlungen.

Die Vertreter der Arbeiterschaft der U. E. G. und der Schwarzloppfwecker, denen sich eine Reihe anderer Berliner Großbetriebe angeschlossen haben, sind Freitag vormittag im Humboldthain mit Mandaten zur Fortführung der Verhandlungen betraut worden. Sie erschienen um 2 Uhr zu Besprechungen mit der Reichsregierung und dem Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Groß-Berlins. Es wurde ihnen, ebenso wie tags zuvor vom Zentralrat erklärt, daß man sofort nach Wiederherstellung der Pressefreiheit zu Verhandlungen bereit sei. Die Forderung, den neuen Berliner Polizeipräsidenten im Einverständnis mit der U. E. G. zu ernennen, sei eine Angelegenheit Preussens, dem die Befreiung des Postens zustehe, die Reichsregierung könne sich da nicht einmischen. Die Deputation billigte den Standpunkt bezüglich der Räumung des Vorwärts und versprach, in diesem Sinne auf die in Betracht kommenden Parteiorganisationen einzugehen.

Wie gering diese ihre Einwirkungsmöglichkeit ist, zeigte sich schon eine Stunde später, als eine Deputation der Besatzung des Vorwärtsgebäudes bei der Regierung erschien. Sie verweigerte die Räumung des Vorwärts rundweg!

Der gute Wille der Berliner Arbeiterschaft und der Reichsregierung scheint also an der verbrecherischen Hartnäckigkeit der Einbrecher zu scheitern!

Wie die P. P. R. erfahren, beträgt die spartakistische „Besatzung“ des Vorwärtsgebäudes drei Kompanien zu je 80 Mann.

Der Reichsregierung ist folgende Rundgebung

zugegangen:

„Die Funktionäre, Arbeiterräte und Betriebsvertrauensleute der Sozialdemokratischen Partei Groß-Berlins verlangen von der Regierung, daß sie auf keine Verhandlungen eingeht, ehe nicht die völlige Pressefreiheit hergestellt und der „Vorwärts“ freigegeben ist. Wir erwarten von der Regierung, daß sie alle ihr zur Verfügung stehenden Machtmittel einsetzt, falls der „Vorwärts“ nicht bis heute, den 10. Januar 1919 abends, geräumt ist und daß sie sich in der Durchführung dieser Maßnahmen durch keine Verhandlungen stören läßt.“

Diese Entschließung wurde mit 500 gegen 6 Stimmen angenommen.

Depeschenwechsel München - Berlin.

Der bayerische Ministerpräsident Kurt Eisner hat an die Reichsregierung telegraphiert: „Mit wachsendem Unsegen verfolgen wir den mörderischen Bürgerkrieg in Berlin. Das muß ein Ende haben, wenn nicht ganz Deutschland zu Grunde gehen soll. Das Beispiel Berlins wirkt überallhin zerüttend und erzeugt eine Massenepidemie des Wahnsinns. Eine vom Vertrauen des Volkes getragene Regierung, die alle Richtungen des Sozialismus zusammenfaßt und entschlossen ist, auf dem Boden der Revolution die Demokratie und den Sozialismus bis zum Siege durchzuführen scheint die einzige Rettung. Ueberall im Süden steigt der Horn des Volkes gegen Berlin, während zugleich dunkle Elemente auch hier zum Bürgerkrieg treiben.“

Die Antwort lautete: „Die Reichsregierung teilt das Entsetzen über den Bürgerkrieg in Berlin. Ihre dauernde Verhandlungsbereitschaft hat sie erst wieder gegenüber den Arbeitern der U. E. G. und der Schwarzloppfwecker bewiesen. Die Antwort darauf bietet sie in dem von den Berliner „Revolutionären Oblaten“, dem Berliner Zentralverband der U. E. G. und der Kommunistischen Partei (Spartakusbund) erlassenen Antrag zum Generalstreik und zu mörderischen Krawall und blutigem Straßenkampf nachzulesen. Auch die Reichsregierung will mit allen wahrhaften Sozialisten für Sozialisierung und Demokratie arbeiten, aber nicht zusammen mit Parteien, welche die Diktatur einer verschwindenden Minderheit anstreben, die Pressefreiheit unterdrücken und die Wahlen zur Nationalversammlung gewalttätig verhindern wollen. Sie weiß, daß sie ganz Deutschland hinter sich hat, wenn sie in aller Entschiedenheit diesem verbrecherischen Treiben entgegentritt, daß unser Wirtschaftsleben in seiner Tiefe zerstört und das Volk dem Verhungern entgegengetrieben. Die Berliner Arbeiterschaft verlangt es in ihrer übergroßen Mehrheit mit allem Nachdruck.“

Die Reichsregierung.

Ebert, Scheidemann, Landsberg, Noske, Wissell.

Einigkeit!

Im Humboldthain haben gestern große Massen von Arbeitern für die Einigkeit demonstriert. In gleicher Zeit schrieb Spartakus, „Vorwärts“, Ebert und Scheidemann gehörten auf Schoffert und die „Rote Fahne“, Einigkeit mit den Scheidemannern und „den Halb-Sozialisten“ Haase'scher Prägung sei nicht möglich.

Rühm! Zwischen Gegnern der Sozialdemokratie und ihren Anhängern ist eine Einigkeit nicht möglich. Wer die Pressefreiheit unterdrückt, dem Volk die Ausübung seines Wahlrechts verbietet, von dem rücken wir voll Abscheu weit ab.

In dem Zug sah man Tafeln: „Einigkeit und kein Blutvergießen!“ Sehr schön, aber um dem Blutvergießen ein Ende zu machen, dazu bedarf es noch lange nicht der Einigkeit, höchstens der Einigkeit auf den Grundsatz, daß keiner nehmen darf, was ihm nicht gehört. Blut wird nur vergossen, weil Gewalttäter die Freiheit angreifen und uns als Republikaner, Demokraten, Sozialisten zwingen, sie zu schützen. Die spartakistischen Annexionsfanatiker brauchen nur auf gewaltsame Eroberungen zu verzichten und das gleiche Recht aller zu respektieren, dann hört das Blutvergießen von selbst auf.

Spandau zurückerobert!

Wie die P. P. R. melden, ist Spandau am Freitag von vier regierungstreuen Regimentern genommen worden. In ihren Händen befinden sich das Rathaus, die Artilleriewerkstätten Nord und Süd und die Pulverfabrik. Im Kampf wurden zwei Spartakisten tödlich verwundet.

Der 5. Kampftag.

Berlin sieht noch immer unter dem Zeichen des Terrors. Noch immer ist die große Bedrückung von unserer Bevölkerung nicht gewichen, die die Schreckensherrschaft der spartakistischen Gewalttäter über die Stadt gebracht hat. Noch immer knallen Tag und Nacht Gewehrschüsse und Granaten und fordern ihre Opfer.

Empörend ist es besonders, daß die spartakistischen Verbände wohllos ihr Feuer auf alles richten, was sich augenblicklich vor ihnen befindet. Wiederholt haben sie ohne vorherige Warnung auf völlig friedliche Passanten und auch auf Frauen das Feuer eröffnet. Eine ganze Anzahl von Frauen sind ihrem Blutdurst zum Opfer gefallen. Selbst das Zeichen des roten Kreuzes ist vor diesen Verbrechern nicht sicher.

Noch ist die Entscheidung nicht gefallen, aber sie kommt. Seid ruhig Einwohner und wartet mit Geduld. Binnen kurzem wird Berlin von diesen Bluthunden befreit sein! Halte eure Kritik, die zu ungesümmten Draufgehern fordert, zurück. Die Regierung hat ihre wohlwollenden und ersten Gründe für ihre scheinbare Zurückhaltung. Habt die Zuversicht, daß das nicht Schwäche ist. Der entscheidende Schlag ist in Vorbereitung und er ist so vorbereitet, daß er rasch und vollständig gelingt.

Mehr als 200 Tote sind in den Straßen Berlins gefallen und das Blut von Hunderten von Verwundeten schreit die Schuld der

Sozialdemokratische Massenversammlungen!

20 öffentliche Versammlungen
Sonntag, den 12. Januar, mittags 12 Uhr

in folgenden Sälen:

- Pharusäle, Müllerstraße 142.
- Büttmers Festsäle, Schwedter Straße 25.
- Lichtspielhaus, Schönhauser Allee 130.
- Böhmisches Brauhaus, Landsberger Allee 12.
- Prachtsäle des Ostens, Frankfurter Allee 48.
- Schwarzer Adler, Frankfurter Allee 99.
- Concordia-Festsäle, Andreasstraße 64.
- Neue Philharmonie, Köpenicker Straße 96.
- Wilkes Festsäle, Sebastianstraße 39.
- Deutscher Hof, Eukauer Straße 15.
- Theater am Kottbuser Tor, Kottbuser Straße 6.
- Vereinsbrauerei Kindl-Ausschank, Neukölln, Hermannstraße 215.
- Union-Brauerei Schultzeiß-Ausschank, Hasenhalde 22/31.
- Weinhaus Rheingold, Vellendstraße 19.
- Mozart-Eichspiele, Nollendorfplatz 5.
- Prachtsäle des Westens, Spichernstraße 5.
- Goethe-Gymnasium, Wilmersdorf, Westfälische, Ecke Münsterchstraße.
- Volkshaus Charlottenburg, Rosinenstraße 4.
- Stadttheater Moabit, Alt-Moabit 47/48.
- Pagenhofer Brauerei-Ausschank, Turmstraße 25/26.

Thema:

Um die Freiheit!

Redner:

Die Volksbeauftragten Ebert, Scheidemann, Landsberg, Noske, Wissell, ferner Bartels, Cunow, Dittmer, Rich. Fischer, Frank, Fröhlich, Hellmann, Hellmann, Heller, Hübner, Kohn, Krüger, Ebdemann, Macholz, Mattern, Mirus, Pfannkuch, Poehsch, Ridel, Zitter, Rob. Schmidt, H. Schütz, Hedw. Wachenheim.

Der Propagandaausschuß.

Mörderhande zum Himmel. Unter den Toten und Verwundeten sind verhältnismäßig wenig Verluste der Regierungstruppen. Von den Spartakisten hat eine außerordentlich große Anzahl ihr verbrecherisches Wirken mit dem Leben bezahlt müssen.

Das Berliner Straßenbild.

B. S. Der Schwerpunkt der heftigen Kämpfe, die in den letzten Tagen Berlin durchzogen, hat sich von der Wilhelmstraße und den Linden mehr nach den Außenbezirken, vor allem aber nach dem Zeitungsviertel zu verschoben, wo der Kampf um die besetzten Zeitungen außerordentlich heftig geworden war. Trotz erheblicher Anstrengungen ist es am Freitag nicht gelungen, das Berliner Tagesblatt, um das vom Vormittag bis in die späte Nacht gestritten wurde, wieder zu nehmen. Das Verlagshaus Roffe gleicht einer belagerten Festung, die durch ihre dominierende Lage kaum im Sturm zu nehmen ist. Um größere Opfer an Menschenleben zu vermeiden, — die Regierungstruppen haben am gestrigen Donnerstag 11 Mann verloren — beschloß man, die dort sich verteidigenden Spartakisten auszuräumen. Vom Dönhofsplatz landete ein kleines Feldgeschütz bis nach Mitternacht Granaten gegen das Berliner Tagesblatt, die freilich eine starke Wirkung gehabt haben, die aber bisher die sich hartnäckig wehrende Verteidigung nicht außer Gefahr zu setzen imstande waren.

Raubzüge der Spartakisten.

Einbrüche der Spartakisten.

Von den Vorwärtspartakisten ist man ja allenthalben gewöhnt. Darum sind auch räuberische Einbrüche von ihnen nur natürlich. Sie gehen, ihrer Vergangenheit und dem verbrecherischen Charakter ihrer Bewegung zufolge, mit Raubzügen vor. In der Nacht zum Freitag drangen sie gewaltsam in das Futter- und Delikatessengeschäft von Sandner in der Friedrichstraße 260 ein und schleppten alles, was sie an Lebensmitteln vorfinden, weg. Ihnen fielen für etwa 10 000 Mark Waren in die Hände.

Sklaven des Kapitals.

Die Tatsache, daß sich bürgerliche Elemente mit der sozialdemokratischen Arbeiterschaft in der Gegnerschaft gegen den antideutschen Terror vereinigen, gibt den Spartakisten willkommene Gelegenheit, die Sache so zu verbrechen, als hätte die Sozialdemokratie mit dem Bürgertum aber gar mit dem Kapital „gegen das Proletariat“ gemeinsame Sache gemacht. Bedürfen solche lächerliche Verleumdungen noch der Widerlegung? Spartakus ist alles eher als „das Proletariat“. Wenn einzelne Proletarier die Grundzüge der Demokratie vertrat und sich dadurch in Gegenlag stellten zu den Sozialdemokraten und sogar der demokratisch denkenden bürgerlichen Elemente, so ist das eine Schande für sie und nicht für die Sozialdemokraten. Der Sozialdemokratie fällt es nicht ein, wegen dieser augenblicklichen Gruppierung, die durch das verräterische Treiben der Spartakisten verschuldet ist, etwas von ihren sozialistischen Grundsätzen und Zielen aufzugeben. Wenn bürgerliche und kapitalistische Elemente glauben wollten, sie könnten durch geschickte Ausnutzung des Spartakistentreibens die Sozialdemokratie von ihrem geraden Weg abbringen, so würden sie die Rechnung ohne den Wirt gemacht haben. Ueber bloßfünrige Schlagworte, wie wir „Sklaven des Kapitals“ geworden, geht der denkende Arbeiter zur Tagesordnung über.

Eine russische Gefängnisstatistik.

Im Petersburger „Krest“-Gefängnis, einer der entsetzlichsten Klostern Tropfen, sind jetzt laut einer Statistik des „Daily Chronicle“ 1811 Personen untergebracht. Davon sind:

Bürgerliche	780
Bauern	211
Arbeiter	820

Der Parteistellung nach verteilen sich diese Gefangenen, die sämtlich ohne Prozeß im Gefängnis sitzen, folgendermaßen:

Bürgerliche Parteien	350
Monarchisten	87
Sozialdemokraten	270
Sozialrevolutionäre	311
Sozialkommunisten	32
Anarchisten	6
Vollschewiki	65
Unbestimmt	661

Daneben sind in diesem einzigen Gefängnis 820 Arbeiter, 618 Sozialisten nichtbolshewistischer Richtung eingekerkert!

Von den Vollschewiki sitzen 81 wegen Unterschlagung öffentlicher Gelder.

Regierungstreue

des 3. Garderegiments z. P.

Der Soldatenrat des 3. Garde-Regiments z. P. schreibt uns: Durch verschiedene Berliner Tageszeitungen wurde die Nachricht verbreitet, daß 3. Garde-Regiment z. P. sei zu den Spartakisten übergetreten. Diese Nachricht ist un wahr.

Das 3. Garde-Regiment z. P. steht republikanisches Garde-Regiment, steht hinter der Regierung, auf dem Boden der Nationalversammlung. Das Regiment verlangt aber von der Regierung, daß sie diejenigen Maßnahmen ergreift, die notwendig sind, um eine Fortentwicklung des schwer darniederliegenden Wirtschaftens zu gewährleisten, um Leben und Eigentum aller deutschen Volksgenossen zu schützen, also so regiert, daß Ordnung, Gesetz und Recht in der neuen deutschen Republik zur Geltung kommen.

Liebknecht der Vorsichtige.

Wo ist Liebnecht? In den ersten Tagen des Spartakisteputsches hörte man überall: Liebnecht, Liebnecht, Liebnecht. Er war in der Siegesallee, war unter den Linden, war im Marstall, war bei den revolutionären Oblaten, — kurzum: er war allgegenwärtig.

Warum hört man jetzt nichts mehr von ihm? Wo ist er? Aus zuverlässiger Quelle hört man, daß er seine Familie als vorsichtiger Mann nach der Schweiz geflüchtet habe. Warum? Herrscht etwa in der Schweiz das von ihm erkante Bolschewisten-Regiment? Keine Spur! Im Gegenteil: in der Schweiz hält eine bürgerlich-kapitalistische Regierung die Ordnung mit Kraft und Entschlossenheit aufrecht. Für seine Angehörigen scheint demnach der Hauptpartakist diese Ordnung immerhin für, sagen wir: erträglich zu halten . . .

Die Schlußfolgerung liegt für jeden denkenden Menschen klar zutage.

Eine erfundene Rücktrittsforderung.

Die „Freiheit“ und die „Republik“ haben am Freitag morgen einen Beschluß des Soldatenrats des Reichsmarinemus und des Admiralsstabs verbreitet, wonach einstimmig der sofortige Rücktritt der Reichsregierung zugunsten von Sozialisten, die sich rückhaltlos auf den Boden des Erfurter Programms stellen“ verlangt worden sein soll. Diese Nachricht war falsch, der oberste Soldatenrat der Marine zu Berlin“ hat einstimmig beschlossen, einen solchen Antrag nicht anzunehmen, ihn nicht zu veröffentlichen und nicht an die Regierung weiterzugeben. Der Soldatenrat des Admiralsstabs und des Reichsmarinemus hat ferner am Freitag in einer Vollversammlung beschlossen, der bestehenden Regierung das volle Vertrauen auszusprechen. Weiter vertraut die Vollversammlung darauf, daß die Regierung die Nationalversammlung einberuft und mit aller Schärfe gegen jede Reaktion von rechts und gegen Terror von links rückhaltlos durchgreift.

Freiheit, die sie meinen.

Die „liberale Korrespondenz“ wurde vorgestern von Spartakisten am Erscheinen verhindert. Die Büros der demokratischen Partei in der Zimmer- und Adibenerstraße wurden von Handen aufgehoben, durchsucht, die vorgeschundenen Flugblätter vernichtet und die Autos vor der Druckerei abgefangen.

Genosse Eduard Bernstein ist glücklicherweise einer Lebensgefahr entronnen. Eine Gewehrkugel schlug in sein Arbeitszimmer im Reichshofamt am Wilhelmplatz, während er und sein Bruder darin weilten.